

Geschäftsverzeichnisnr. 7301
Entscheid Nr. 131/2021 vom 7. Oktober 2021

ENTSCHEID

In Sachen: Klage auf Nichtigerklärung des Gesetzes vom 2. Mai 2019 « zur Abänderung des Wirtschaftsgesetzbuches mit dem Ziel, die Kinderbetreuungsstätten von der Regelung bezüglich der Urheberrechte auszunehmen », erhoben von der « Société belge des auteurs, compositeurs et éditeurs » Gen.mbH (SABAM) und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten P. Nihoul und L. Lavrysen, den Richtern J.-P. Moerman, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman, M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters und S. de Bethune, und dem emeritierten Präsidenten F. Daoût gemäß Artikel 60*bis* des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschant, unter dem Vorsitz des emeritierten Präsidenten F. Daoût,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

*

* *

I. Gegenstand der Klage und Verfahren

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 19. November 2019 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 21. November 2019 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigerklärung des Gesetzes vom 2. Mai 2019 « zur Abänderung des Wirtschaftsgesetzbuches mit dem Ziel, die Kinderbetreuungsstätten von der Regelung bezüglich der Urheberrechte auszunehmen » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 21. Mai 2019): die « Société belge des auteurs, compositeurs et éditeurs (SABAM) » Gen.mbH, die « Société de l'Industrie Musicale - Muziekindustrie Maatschappij » Gen.mbH und die « PlayRight » Gen.mbH, unterstützt und vertreten durch RA B. Michaux und RA M. Verdussen, in Brüssel zugelassen.

Schriftsätze wurden eingereicht von

- dem « Office de la Naissance et de l'Enfance » (O.N.E.), unterstützt und vertreten durch RA F. Tulkens und RA B. Vanbrabant, in Brüssel zugelassen,
- dem Ministerrat, unterstützt und vertreten durch RA J. Sohier, in Brüssel zugelassen,
- der Regierung der Französischen Gemeinschaft, unterstützt und vertreten durch F. Tulkens und RA B. Vanbrabant.

Die klagenden Parteien haben einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 19. Mai 2021 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter T. Giet und R. Leysen beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 2. Juni 2021 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Infolge des Antrags der klagenden Parteien auf Anhörung hat der Gerichtshof durch Anordnung vom 2. Juni 2021 den Sitzungstermin auf den 30. Juni 2021 anberaumt.

Auf der öffentlichen Sitzung vom 30. Juni 2021

- erschienen
- . RA B. Michaux und RA M. Verdussen, für die klagenden Parteien,
- . RA F. Tulkens und RA B. Vanbrabant, für das « Office de la Naissance et de l'Enfance » (O.N.E.) (intervenierende Partei) und für die Regierung der Französischen Gemeinschaft,
- . RÄin M. Celli, in Brüssel zugelassen, *loco* RA J. Sohier, für den Ministerrat,
- haben die referierenden Richter T. Giet und R. Leysen Bericht erstattet,
- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurde die Rechtssache zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1.1. Die Nichtigkeitsklage richtet sich gegen das Gesetz vom 2. Mai 2019 « zur Abänderung des Wirtschaftsgesetzbuches mit dem Ziel, die Kinderbetreuungsstätten von der Regelung bezüglich der Urheberrechte auszunehmen » (nachstehend: Gesetz vom 2. Mai 2019).

Nach Artikel XI.165 des Wirtschaftsgesetzbuches hat der Urheber eines Werkes der Literatur oder der Kunst ausschließliche Rechte, darunter das Recht, das Werk « auf jede Art und Weise und in jeder Form [...] zu vervielfältigen oder dessen Vervielfältigung zu erlauben » und das Recht, « das Werk durch gleich welches Verfahren öffentlich wiederzugeben, einschließlich der öffentlichen Zugänglichmachung in der Weise, dass sie Mitgliedern der Öffentlichkeit von Orten und zu Zeiten ihrer Wahl zugänglich sind ». Nach Artikel XI.186 Absatz 1 des Wirtschaftsgesetzbuches werden Datenbanken, « die aufgrund der Auswahl oder Anordnung des Stoffes eine eigene geistige Schöpfung ihres Urhebers darstellen, [...] als solche urheberrechtlich geschützt ». Das Wirtschaftsgesetzbuch sieht allgemeine oder spezifische Ausnahmen für Unterrichtszwecke oder Zwecke der wissenschaftlichen Forschung von diesen Urheberrechten vor.

Gemäß den Artikeln XI.205 § 1 und XI.209 § 1 des Wirtschaftsgesetzbuches haben ausübende Künstler und Produzenten von Tonträgern oder Erstaufzeichnungen von Filmen ebenfalls ausschließliche Rechte, ihre Leistung auf jede Art und Weise und in jeder Form zu vervielfältigen oder deren Vervielfältigung zu erlauben. Für diese verwandten Schutzrechte gelten ebenfalls allgemeine oder spezifische Ausnahmen für Unterrichtszwecke oder Zwecke der wissenschaftlichen Forschung.

B.1.2. Das Gesetz vom 2. Mai 2019 bezweckt, den Vorteil der Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten auf von den Behörden anerkannte oder gegründete Kinderbetreuungsstätten auszudehnen.

Die Klage wurde von der « Société belge des auteurs, compositeurs et éditeurs » (SABAM) Gen.mbH, der « Société de l'Industrie Musicale – Muziekindustrie Maatschappij » (SIMIM) Gen.mbH und der « PlayRight » Gen.mbH erhoben. Die klagenden Parteien nehmen die sich aus den Urheberrechten und verwandten Schutzrechten ergebenden Gebühren ein und verteilen sie.

In Bezug auf das angefochtene Gesetz und dessen Kontext

B.2. Die Rechtsvorschriften zu den Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die im Gesetz vom 30. Juni 1994 « über das Urheberrecht und ähnliche Rechte » (nachstehend: Gesetz vom 30. Juni 1994) vorgesehen waren, wurden durch das Gesetz vom 19. April 2014 « zur Einfügung von Buch XI ' Geistiges Eigentum ' in das Wirtschaftsgesetzbuch und zur Einfügung der Buch XI eigenen Bestimmungen in die Bücher I, XV und XVII desselben Gesetzbuches » (nachstehend: Gesetz vom 19. April 2014) in Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches aufgenommen.

Durch Artikel 32 § 2 des Gesetzes vom 19. April 2014 wurde das Gesetz vom 30. Juni 1994 aufgehoben.

B.3.1. Das Gesetz vom 30. Juni 1994 ging von demselben Bemühen aus, das dem Gesetz vom 22. März 1886, das es ersetzt hat, zugrunde lag, und zielte darauf ab, die Urheber zu schützen, um die Schaffung geistiger Werke zu fördern (*Parl. Dok.*, Kammer, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 473/33, S. 9).

Das Gesetz vom 30. Juni 1994 gewährte den Urhebern Urheberpersönlichkeitsrechte sowie wirtschaftliche Rechte oder vermögensrechtliche Befugnisse, darunter das Vervielfältigungsrecht und das Recht der öffentlichen Wiedergabe, auf dessen Grundlage die Zustimmung des Urhebers erforderlich ist für « jede Handlung, bei der ein Werk der Öffentlichkeit vorgeführt wird, insbesondere durch Aufführung, Darbietung, Ausstellung oder

durch Sendung oder Kabelweiterverbreitung usw. » (*Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 145/12, SS. 19 und 20).

Die Ausnahmen vom Urheberrecht erforderten als solche eine einschränkende Auslegung, die der Absicht des Gesetzgebers entsprach (*Parl. Dok.*, Kammer, Sondersitzungsperiode 1991-1992, Nr. 473/33, S. 192).

B.3.2. In seiner ursprünglichen Fassung sah Artikel 22 § 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 unter den Ausnahmen von den Urheberrechten vor: « die teilweise oder vollständige Vervielfältigung von Artikeln oder plastischen Werken oder von kurzen Bruchstücken aus anderen Werken, die auf einem grafischen oder ähnlichen Träger festgehalten sind, wenn die Vervielfältigung zu rein privaten oder pädagogischen Zwecken erfolgt und der Ausgabe des Originalwerkes nicht schadet ».

Artikel 59 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 sah einen Anspruch auf eine Vergütung für die Vervielfältigung von Werken, die auf einem grafischen oder ähnlichen Träger festgehalten sind, « auch unter den in Artikel 22 Absatz 1 Nr. 4 festgelegten Bedingungen » vor.

Artikel 46 Nr. 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 bezog sich als Ausnahme von den verwandten Schutzrechten auch auf « kurze Zitate zu Zwecken wie Kritik, Polemik oder Unterricht oder in wissenschaftlichen Arbeiten ».

B.4.1. In der durch Artikel 20 des Gesetzes vom 31. August 1998 « zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie vom 11. März 1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken in belgisches Recht » (nachstehend: Gesetz vom 31. August 1998) eingefügten Fassung sah Artikel 22 § 1 Nrn. *4bis* und *4ter* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 unter den Ausnahmen von den Urheberrechten die teilweise oder vollständige Vervielfältigung von Artikeln oder plastischen Werken oder von kurzen Bruchstücken aus anderen Werken « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » vor.

In der durch Artikel 21 des Gesetzes vom 31. August 1998 eingefügten Fassung sah Artikel *22bis* § 1 Nrn. 2 bis 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 ebenfalls Ausnahmen für die Vervielfältigung oder Wiedergabe von Datenbanken vor, die « für die Nutzung zur

Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » vorgenommen wurde.

In der durch Artikel 25 des Gesetzes vom 31. August 1998 eingefügten Fassung fügte Artikel 46 Nr. 3bis des Gesetzes vom 30. Juni 1994 den Ausnahmen von den verwandten Schutzrechten « die Vervielfältigung von kurzen Bruchstücken aus einer Leistung, wenn diese Vervielfältigung für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung vorgenommen wird, soweit es durch den verfolgten nichtgewinnbringenden Zweck gerechtfertigt ist und die normale Verwertung der Leistung nicht beeinträchtigt wird » hinzu.

B.4.2. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 31. August 1998 ist dargelegt, dass « sich die Ausnahme zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung auf Werke auf irgendeinem Träger bezieht » (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nrn. 1535/1 und 1536/1, S. 48).

Außerdem wurden nach einer Empfehlung der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates « mit dem Ziel der Rechtssicherheit die Worte ‘ pädagogische Zwecke ’ durch die Worte ‘ zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung ’ » ersetzt (ebenda). Diese Worte wurden in der Richtlinie 96/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 1996 « über den rechtlichen Schutz von Datenbanken » verwendet (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nr. 1535/7, S. 10) und sie ermöglichten es, sich ausdrücklich auf die wissenschaftliche Forschung zu beziehen (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nrn. 1535/1 und 1536/1, S. 48).

Diesbezüglich wurde dargelegt:

« La définition d’un équilibre entre les intérêts des producteurs de bases de données et la mission d’intérêt général des établissements d’enseignement et ceux de prêt public est une question délicate qui a des implications politiques, économiques, sociales et culturelles importantes.

L’équilibre qu’il est proposé de réaliser dans le cadre de la présente loi consiste à prévoir des exceptions au profit de l’enseignement et de la recherche scientifique, à conférer un caractère impératif aux exceptions et à compenser ces exceptions dans une certaine mesure par un droit à rémunération » (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nr. 1535/1, S. 13; siehe auch *Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nr. 1535/7, SS. 4-5).

Ferner wurde erläutert:

« Les bénéficiaires de l'exception sont les établissements d'enseignement ou de recherche scientifique reconnus ou organisés officiellement par les pouvoirs publics. La finalité des actes de communication ne peut être que l'illustration de l'enseignement ou la recherche scientifique. Il doit s'agir d'un but non lucratif. La portée des actes doit être proportionnée au but poursuivi et ces actes ne peuvent porter préjudice à l'exploitation normale de la base de données. Les actes d'exploitation doivent être accomplis dans le cadre des activités normales de l'établissement. Si l'établissement a d'autres activités que l'enseignement ou la recherche scientifique, l'exception ne vaudra pas pour ces autres activités » (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nr. 1535/7, S. 11).

B.4.3. Durch Artikel 29 des Gesetzes vom 31. August 1998 wurden ebenfalls die Artikel 61*bis* bis 61*quater* in das Gesetz vom 30. Juni 1994 eingefügt, mit denen im Fall der Vervielfältigung oder Wiedergabe von Werken und Leistungen für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung eine Vergütung gewährt wurde, « um den Rechtsinhabern eine Vergütung als Gegenleistung für die in den Artikeln 22 § 1, 4*ter*, 22*bis* § 1 Nr. 3 und 46 Nr. 3*bis* vorgesehenen Ausnahmen zuzuerkennen, damit diese die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers nicht ungebührlich verletzen » (*Parl. Dok.*, Kammer, 1997-1998, Nrn. 1535/1 und 1536/1, S. 53).

B.5.1. Das Gesetz vom 30. Juni 1994 wurde ebenfalls durch das Gesetz vom 22. Mai 2005 « zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 2001/29/EG vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft in belgisches Recht » (nachstehend: Gesetz vom 22. Mai 2005) abgeändert.

Das Gesetz vom 22. Mai 2005 hatte das Ziel, die Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 « zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft » (nachstehend: Richtlinie 2001/29/EG) umzusetzen und das Gesetz vom 30. Juni 1994 in mehreren Punkten abzuändern, insbesondere in Bezug auf die Ausnahmen:

« La directive ne prévoit qu'une seule exception obligatoire (copies temporaires, article 5.1); les autres exceptions reprises dans la directive ont un caractère facultatif. Cependant, le nombre d'exceptions en droit belge est élargi sur base de cette liste facultative reprise aux articles 5.2 et 5.3 de la directive précitée.

Etant donné qu'il y a lieu de considérer la liste des exceptions contenue aux articles 5.2 et 5.3 de la directive comme exhaustive, il n'est pas autorisé d'outrepasser les dispositions précitées. Cela suppose qu'une telle exception facultative puisse être reprise intégralement dans la législation nationale, ou dans une forme atténuée, qui est plus conforme aux intérêts des ayants droit.

Cela signifie cependant aussi que les exceptions nationales existantes qui n'ont pas été reprises dans cette liste exhaustive, doivent être supprimées. [...]

[...]

En ce qui concerne les exceptions, on doit également tenir compte du ' test en trois étapes '. Le ' test en trois étapes ' (triple test) est un principe important sur le plan des exceptions, qu'on retrouve également dans la Convention de Berne (article 9, alinéa 2) et l'Accord sur les ADPIC (article 13). Il stipule que les exceptions et limitations ne sont applicables que (1) dans certains cas spéciaux, qui (2) ne portent pas atteinte à l'exploitation normale des œuvres ou prestations protégées et qui (3) ne causent pas un préjudice injustifié aux intérêts légitimes du titulaire du droit. Il convient notamment de tenir compte de ce test en trois étapes dans le cadre de l'application des articles 4 (exceptions au droit d'auteur) et 10 (exceptions aux droits voisins) » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2003-2004, DOC 51-1137/001, SS. 5-6).

B.5.2. In der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 abgeänderten Fassung wurde in Artikel 22 § 1 Nrn. *4bis* und *4ter* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 unter den Ausnahmen von den Urheberrechten in einer angepassten Formulierung die teilweise oder vollständige Vervielfältigung von Artikeln oder plastischen Werken oder von kurzen Bruchstücken aus anderen Werken « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » wieder aufgenommen.

Außerdem sah Artikel 22 § 1 Nr. *4quater* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 in der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 eingefügten Fassung unter den Ausnahmen von den Urheberrechten die « Wiedergabe von Werken, wenn diese Wiedergabe für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung von Einrichtungen, die zu diesem Zweck von den Behörden amtlich anerkannt oder gegründet wurden, vorgenommen wird und soweit dies zur Verfolgung nichtgewinnbringender Zwecke gerechtfertigt ist, im Rahmen der normalen Tätigkeiten der betreffenden Einrichtung und ausschließlich über geschlossene Übertragungsnetze der Einrichtung erfolgt, die normale Verwertung des Werkes nicht beeinträchtigt wird, und – außer in Fällen, in denen sich dies als unmöglich erweist – die Quelle einschließlich des Namens des Urhebers angegeben wird », vor.

Dieser Maßnahme lag ein Abänderungsantrag zugrunde, dem sich die Regierung angeschlossen hat (*Parl. Dok.*, Kammer, 2004-2005, DOC 51-1137/013, S. 34), der so begründet wurde:

« Au point 4^o *quater*, il est prévu une exception au droit de communication au public à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique. Toutefois cette exception est encadrée par des conditions strictes afin qu'elle ne puisse porter préjudice à l'exploitation normale des œuvres. A cet effet, il est notamment prévu qu'elle doit se situer dans le cadre des activités normales de l'établissement d'enseignement ou de recherche scientifique officiellement reconnu ou organisé par les pouvoirs publics et qu'elle doit être effectuée au moyen de réseaux de transmission fermés de l'établissement. Cette dernière condition vise à limiter le bénéfice de l'exception au profit des enseignants, des étudiants, des chercheurs qui ont accès aux réseaux de transmission mis en place par les établissements concernés.

[...]

Les actes de reproduction et de communication autorisés aux points 4^o *ter* et 4^o *quater* sont quant à eux compensés par le droit à rémunération prévu par les articles 61*bis* à 61*quater* » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2004-2005, DOC 51-1137/008, S. 15).

Artikel 22 § 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 sah in der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 ersetzten Fassung ebenfalls eine Ausnahme für die « unentgeltliche und private Darbietung im Rahmen schulischer Tätigkeiten » vor; diese Ausnahme wurde in Artikel XI.191/1 § 1 Nr. 2 des Wirtschaftsgesetzbuches aufgenommen.

Artikel 22*bis* § 1 Absatz 1 Nr. 2 bis 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 übernahm in der durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 ersetzten Fassung in einer angepassten Formulierung ebenfalls für die Vervielfältigung und Wiedergabe von Datenbanken die Ausnahmen von den Urheberrechten « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung ».

Artikel 46 Nrn. 3*bis* und 3*ter* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 sah in der durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 ersetzten Fassung auch Ausnahmen von den verwandten Schutzrechten vor, wenn die Vervielfältigung oder Wiedergabe « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » erfolgte.

B.6. Die in Artikel 22 Nr. 4*quater* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 erwähnte Ausnahme wurde in Artikel XI.190 Nr. 8 des Buches XI mit der Überschrift « Geistiges Eigentum » des

Wirtschaftsgesetzbuches in der durch das Gesetz vom 19. April 2014 eingefügten Fassung übernommen.

Die in Artikel 22*bis* Nr. 4 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 erwähnte Ausnahme wurde in Artikel XI.191 § 1 Nr. 4 des Wirtschaftsgesetzbuches in der durch das Gesetz vom 19. April 2014 eingefügten Fassung übernommen.

Die in Artikel 46 Nrn. 3*bis* und 3*ter* des Gesetzes vom 30. Juni 1994 erwähnten Ausnahmen wurde in Artikel XI.217/1 Nrn. 3 und 4 des Wirtschaftsgesetzbuches in der durch das Gesetz vom 19. April 2014 eingefügten Fassung übernommen.

B.7.1. Durch das Gesetz vom 22. Dezember 2016 « zur Abänderung einiger Bestimmungen von Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches » (nachstehend: Gesetz vom 22. Dezember 2016) wurden mehrere Bestimmungen von Buch XI des Wirtschaftsgesetzbuches abgeändert und insbesondere einerseits die « allgemeine Ausnahmen von den vermögensrechtlichen Befugnissen des Urhebers » (Artikel XI.189 bis XI.191) und andererseits die « Ausnahmen von den vermögensrechtlichen Befugnissen des Urhebers für Unterrichtszwecke oder Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » (Artikel XI.191/1 und XI.191/2, eingefügt durch die Artikel 8 und 9 des Gesetzes vom 2. Dezember 2016) in zwei getrennten Unterabschnitten unterschieden.

Was die verwandten Schutzrechte betrifft, hat das Gesetz vom 22. Dezember 2016 ebenfalls einerseits die « allgemeine Ausnahmen » (Artikel XI.217) und andererseits die « Ausnahmen für Unterrichtszwecke oder Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » (Artikel XI.217/1, eingefügt durch Artikel 17 des Gesetz vom 22. Dezember 2016) in zwei getrennten Unterabschnitten unterschieden.

B.7.2. In den Vorarbeiten zum Gesetz vom 22. Dezember 2016 wurde dargelegt:

« Concernant les exceptions au droit d'auteur dans le secteur de l'enseignement, il convient de relever que jusqu'à présent, celles-ci sont dispersées dans différents articles qui ne sont pas simples à utiliser pour le personnel enseignant ou le secteur de l'enseignement en général. Le projet de loi propose dès lors de les mettre dans un seul article et de profiter de cette occasion pour les moderniser ou, en d'autres termes, les adapter aux nouvelles technologies. La même logique est suivie pour les exceptions aux droits voisins.

[...]

Le Code prévoit une seule disposition qui reprend toutes les exceptions pertinentes en faveur de l'enseignement (reproductions sur papier, reproductions numériques, communication dans un réseau fermé). Une seule rémunération sera liée à cette disposition. Cela permettrait d'une part, une simplification administrative (avec par exemple, la possibilité de paiement par les Communautés si elles le souhaitent) et d'autre part, également une plus grande sécurité juridique pour les établissements d'enseignement » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2122/002, SS. 4-5; siehe auch *Parl. Dok.*, Kammer, 2016-2017, DOC 54-2122/001, S. 5).

B.7.3. Artikel XI.191/1 § 1 Nrn. 3 und 4 des Wirtschaftsgesetzbuches sieht als Ausnahmen vom Urheberrecht die Vervielfältigung und die öffentliche Wiedergabe von Werken, mit Ausnahme von Partituren, « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung », soweit diese Nutzung oder Wiedergabe durch den verfolgten nichtgewinnbringenden Zweck gerechtfertigt ist und die normale Verwertung des Werkes nicht beeinträchtigt wird, vor. In Bezug auf die in Artikel XI.191/1 § 1 Nr. 3 des Wirtschaftsgesetzbuches vorgesehene Ausnahme, ist in den Vorarbeiten erläutert: « wie die Richtlinie es vorschreibt, muss die Vervielfältigung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung erfolgen, darf die normale Verwertung des Werkes nicht beeinträchtigen und die berechtigten Interessen der Rechtsinhaber nicht verletzen » (ebenda, S. 11).

Die Artikel XI.191/2 § 1 Nrn. 1 und 2 und XI.217/1 Nrn. 3 und 4 des Wirtschaftsgesetzbuches sehen jeweils eine ähnliche Ausnahme « für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » vor, was jeweils die Vervielfältigung und die Wiedergabe von Datenbanken und die Vervielfältigung oder Wiedergabe von Werken, die unter die verwandten Schutzrechte fallen, betrifft.

B.7.4. Artikel XI.240 des Wirtschaftsgesetzbuches, der sich in einem Kapitel mit der Überschrift « Nutzung von Werken und Leistungen für Unterrichtszwecke oder Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » befindet, bestimmt:

« Urheber und Verleger von Werken haben Anspruch auf eine Vergütung für Vervielfältigung und Wiedergabe dieser Werke unter den in Artikel XI.191/1 § 1 Nr. 3 und 4 festgelegten Bedingungen.

Urheber von Datenbanken haben Anspruch auf eine Vergütung für Vervielfältigung und Wiedergabe dieser Datenbanken unter den in Artikel XI.191/2 § 1 festgelegten Bedingungen.

Ausübende Künstler und Produzenten von Tonträgern und von Erstaufzeichnungen von Filmen haben Anspruch auf eine Vergütung für Vervielfältigung und Wiedergabe ihrer Leistungen unter den in Artikel XI.217/1 Nr. 3 und 4 festgelegten Bedingungen ».

Gemäß Artikel XI.242 des Wirtschaftsgesetzbuches wird die in Artikel XI.240 erwähnte Vergütung durch einen im Ministerrat beratenen königlichen Erlass festgelegt, wobei den Zielsetzungen der Förderung der Unterrichtstätigkeiten Rechnung getragen wird.

B.8.1. Durch das angefochtene Gesetz vom 2. Mai 2019 werden die Artikel XI.191/1, XI.191/2 und XI.217/1 des Wirtschaftsgesetzbuches abgeändert, um den Vorteil der Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten auf Kinderbetreuungsstätten auszudehnen.

Dieses Gesetz bestimmt:

« Article 1er. La présente loi règle une matière visée à l'article 74 de la Constitution.

Art. 2. L'article XI.191/1 § 1er, du livre XI, ' Propriété intellectuelle ' du Code de droit économique, inséré par la loi du 22 décembre 2016 est complété par un 6° rédigé comme suit :

' 6° la reproduction ou la communication au public d'œuvres par des établissements d'accueil de la petite enfance reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette reproduction ou communication au public se situe dans le cadre des activités pédagogiques de ces établissements '.

Art. 3. Dans l'article XI.191/2 du livre XI, ' Propriété intellectuelle et secrets d'affaires ' du Code de droit économique inséré par la loi du 22 décembre 2016, le paragraphe 3 est remplacée par ce qui suit:

' § 3. L'article XI.191/1, § 1er, 1°, 2° et 6°, s'applique par analogie aux bases de données '.

Art. 4. L'article XI.217/1 du livre XI, ' Propriété intellectuelle et secrets d'affaires ' du Code de droit économique, tel que modifié par la loi du 25 novembre 2018, est complété par un 5° rédigé comme suit :

' 5° la reproduction ou la communication au public de prestations par des établissements d'accueil de la petite enfance reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette reproduction ou communication au public se situe dans le cadre des activités pédagogiques de ces établissements ' ».

B.8.2. In der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Mai 2019 abgeänderten Fassung bestimmt Artikel XI.191/1 des Wirtschaftsgesetzbuches:

« § 1er. Lorsque l'œuvre a été explicitement divulguée, et sans préjudice de l'application éventuelle des articles XI.189, § 3 et XI.190, 2°, 2/1°, 10°, 12°, 13°, 15°, 16°, 17°, 18° et 19°, l'auteur ne peut interdire :

1° les citations effectuées dans un but d'enseignement ou dans le cadre de recherche scientifique, conformément aux usages honnêtes et dans la mesure justifiée par le but poursuivi;

2° l'exécution gratuite effectuée dans le cadre d'activités scolaires, y compris l'exécution lors d'un examen public. Cette exécution gratuite dans le cadre d'activités scolaires et l'exécution d'une œuvre lors d'un examen public peuvent avoir lieu aussi bien dans l'établissement d'enseignement qu'en dehors de celui-ci;

3° la reproduction d'œuvres, à l'exception des partitions musicales, à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, pour autant que l'utilisation soit justifiée par le but non lucratif poursuivi, et que l'utilisation ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de l'œuvre;

4° la communication au public d'œuvres à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, par des établissements reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette communication soit justifiée par le but non lucratif poursuivi, se situe dans le cadre des activités normales de l'établissement, soit sécurisée par des mesures appropriées et ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de l'œuvre;

5° l'utilisation d'œuvres littéraires d'auteurs décédés dans une anthologie destinée à l'enseignement qui ne recherche aucun avantage commercial ou économique direct ou indirect, à condition que le choix de l'extrait, sa présentation et sa place respectent les droits moraux de l'auteur et qu'une rémunération équitable soit payée, à convenir entre parties ou, à défaut, à fixer par le juge conformément aux usages honnêtes;

6° la reproduction ou la communication au public d'œuvres par des établissements d'accueil de la petite enfance reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette reproduction ou communication au public se situe dans le cadre des activités pédagogiques de ces établissements.

§ 2. Lors des utilisations visées au paragraphe 1er, sont mentionnés la source et le nom de l'auteur, à moins que cela ne s'avère impossible ».

In der durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Mai 2019 abgeänderten Fassung bestimmt Artikel XI.191/2 des Wirtschaftsgesetzbuches:

« § 1er. Par dérogation à l'article XI.191/1 lorsque la base de données a été licitement divulguée, l'auteur ne peut interdire :

1° la reproduction de bases de données à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, pour autant que l'utilisation soit justifiée par le but non lucratif poursuivi et que l'utilisation ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de la base de données;

2° la communication au public de bases de données, à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, par des établissements reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette communication soit justifiée par le but non lucratif poursuivi, se situe dans le cadre des activités normales de l'établissement, soit sécurisée par des mesures appropriées et ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de la base de données.

§ 2. Lors des utilisations visées au paragraphe 1er, sont mentionnés la source et le nom de l'auteur, à moins que cela ne s'avère impossible.

§ 3. L'article XI.191/1, § 1er, 1°, 2° et 6°, s'applique par analogie aux bases de données ».

In der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Mai 2019 abgeänderten Fassung bestimmt Artikel XI.217/1 des Wirtschaftsgesetzbuches:

« Sans préjudice de l'application éventuelle de l'article XI.217, 8°, 9°, 11°, 12°, 14°, 15°, 16°, 17° et 18°, les articles XI.205, XI.209, XI.213 et XI.215 ne sont pas applicables lorsque les actes visés par ces dispositions sont accomplis dans les buts suivants :

1° les citations tirées d'une prestation effectuées dans un but d'enseignement ou dans le cadre de la recherche scientifique, conformément aux usages honnêtes de la profession et dans la mesure justifiée par le but poursuivi;

2° l'exécution gratuite effectuée dans le cadre d'activités scolaires, y compris l'exécution d'une prestation lors d'un examen public. Cette exécution gratuite dans le cadre d'activités scolaires et l'exécution d'une œuvre lors d'un examen public peuvent avoir lieu aussi bien dans l'établissement d'enseignement qu'en dehors de celui-ci;

3° la reproduction de prestations à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, pour autant que l'utilisation soit justifiée par le but non lucratif poursuivi, et que l'utilisation ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de la prestation;

4° la communication au public de prestations, à des fins d'illustration de l'enseignement ou de recherche scientifique, par des établissements reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette communication soit justifiée par le but non lucratif poursuivi, se situe dans le cadre des activités normales de l'établissement, soit sécurisée par des mesures appropriées et ne porte pas préjudice à l'exploitation normale de la prestation;

5° la reproduction ou la communication au public de prestations par des établissements d'accueil de la petite enfance reconnus ou organisés officiellement à cette fin par les pouvoirs publics et pour autant que cette reproduction ou communication au public se situe dans le cadre des activités pédagogiques de ces établissements ».

Artikel XI.240 des Wirtschaftsgesetzbuches wurde durch das Gesetz vom 2. Mai 2019 nicht abgeändert.

B.8.3. Durch das Gesetz vom 2. Mai 2019 werden die Bestimmungen des Wirtschaftsgesetzbuches abgeändert, die für den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung spezifische Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten vorsehen.

B.8.4. Das Gesetz vom 2. Mai 2019 zielt darauf ab, in Anbetracht der pädagogischen Beschaffenheit der Kinderbetreuungsstätten die Befreiung von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten auf die zugelassenen Betreuungseinrichtungen auszudehnen, « sofern sie die Musik zu pädagogischen Zwecken verwenden » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2015-2016, DOC 54-2023/001, S. 4), weil diese Betreuungsstätten « keine gewerblichen Bereiche sind, in denen diese Art von Entgelten zu entrichten ist » (ebenda):

« La législation relative aux droits d'auteur et aux droits voisins [...] a notamment pour but, conformément à la directive 2001/29/CE du Parlement européen et du Conseil du 22 mai 2001 sur l'harmonisation de certains aspects du droit d'auteur et des droits voisins dans la société de l'information, de ' promouvoir la diffusion du savoir et de la culture par la protection des œuvres et autres objets protégés, tout en prévoyant des exceptions ou limitations dans l'intérêt du public à des fins d'éducation et d'enseignement ' .

Le livre XI, ' Propriété intellectuelle ' du Code de droit économique prévoit donc des exceptions à la perception des droits d'auteur, notamment lorsque les prestations ont lieu dans le cadre d'activités scolaires, aussi bien dans les établissements d'enseignement qu'en dehors de ceux-ci.

Pour les auteurs, la notion ' d'éducation et d'enseignement ' mentionnée dans la directive précitée se retrouve également dans les milieux d'accueil de la petite enfance.

Actuellement, la Sabam ne perçoit pas de droits d'auteur auprès des gardiennes d'enfants à domicile sous le statut d'indépendant pour autant que les personnes assurant la garde des enfants ne soient pas plus de deux équivalents temps plein. En revanche, en ce qui concerne les crèches, la Sabam perçoit bien des droits d'auteur sur la base de son tarif ' 108-Établissements commerciaux ', du moins si celles-ci ont fait la déclaration d'utiliser de la musique.

Il n'est pas justifiable que les gardiennes bénéficient de cette exonération mais pas les autres types de milieux d'accueil de la petite enfance. Outre les fonctions économiques et sociales, les milieux d'accueil assurent une fonction éducative importante auprès des enfants. Celle-ci vise notamment la socialisation, l'éveil et le bien-être de l'enfant. Il s'agit d'accompagner l'enfant dans ses découvertes et dans ses apprentissages » (ebenda, S. 3; siehe auch *Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/004, SS. 3-4).

B.8.5. Das Gesetz vom 2. Mai 2019 gleicht so die Regelung der Ausnahmen von den Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, die für Kinderbetreuungsstätten gilt, an die Regelung an, die für den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung gilt.

In Bezug auf den ersten Klagegrund

B.9. Der erste Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit einerseits der Richtlinie 2001/29/EG und andererseits Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, dass das Gesetz vom 2. Mai 2019 durch die Aufnahme der Kinderbetreuungsstätten in den Anwendungsbereich der Ausnahmen von der Erhebung der Gebühren für das Urheberrecht gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstößt, insofern darin die von den Kinderbetreuungsstätten organisierten pädagogischen Tätigkeiten und die Tätigkeiten des Unterrichts und der wissenschaftlichen Forschung gleich behandelt würden, obgleich sich diese Tätigkeiten wesentlich unterscheiden. Nach Ansicht der klagenden Parteien wird diese Diskriminierung durch den Umstand verstärkt, dass das Gesetz vom 2. Mai 2019 einerseits von den Grenzen abweiche, mit denen die nach Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2001/29/EG zulässige Ausnahme versehen sei, und andererseits einen unverhältnismäßigen Eingriff in das in Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerte Grundrecht auf geistiges Eigentum, das ein Aspekt des Eigentumsrechts sei, darstelle.

B.10. Der Gerichtshof muss prüfen, ob der Gesetzgeber durch die Gleichbehandlung der Kinderbetreuungsstätten und der Unterrichtsanstalten und Forschungseinrichtungen, was die Ausnahmen von den Urheberrechten und verwandten Schutzrechten betrifft, nicht gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2001/29/EG und mit Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verstoßen hat.

B.11. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt

ist. Dieser Grundsatz steht übrigens dem entgegen, dass Kategorien von Personen, die sich angesichts der beanstandeten Maßnahme in wesentlich verschiedenen Situationen befinden, in gleicher Weise behandelt werden, ohne dass hierfür eine angemessene Rechtfertigung vorliegt.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.12. Aus den in B.8.4 zitierten Vorarbeiten geht hervor, dass das Gesetz vom 2. Mai 2019 das Ziel hatte, einerseits dem Behandlungsunterschied zwischen Tagesmüttern/-vätern und den anderen Kinderbetreuungsstätten ein Ende zu setzen und andererseits die Kinderbetreuungsstätten unter den in der Richtlinie 2001/29/EG erwähnten Begriff « Ausbildung und Unterricht » zu fassen.

B.13.1. Was zunächst den Behandlungsunterschied zwischen Tagesmüttern/-vätern und den anderen Kinderbetreuungsstätten betrifft, heißt es in der Begründung des Gesetzesvorschlags, aus dem das Gesetz vom 2. Mai 2019 geworden ist, dass die « Société belge des auteurs, compositeurs et éditeurs » Gen.mbH (SABAM) keine Gebühren für das Urheberrecht von den Tagesmüttern/-vätern im Selbständigenstatus erhebt, « sofern die Personen, die die Betreuung der Kinder übernehmen, nicht mehr als zwei Vollzeitäquivalente ausmachen », während die SABAM Gebühren für das Urheberrecht von den Kinderkrippen gemäß der Höhe für Geschäftsbetriebe erhebt, wenn diese Kinderkrippen angegeben haben, Musik einzusetzen (*Parl. Dok.*, Kammer, 2015-2016, DOC 54-2023/001, S. 3).

B.13.2. Der Umstand, dass keine Gebühren für Urheberrechte und verwandte Schutzrechte bei den Tagesmüttern/-vätern erhoben werden, hat jedoch keine Rechtsgrundlage, sondern beruht auf einer Praxis, die in einem Vereinbarungsprotokoll vom 15. Oktober 2010 zwischen der SABAM und der SIMIM, dem O.N.E. und den entsprechenden Behörden « Dienst für Kind und Familie » (DKF) und « Kind en Gezin » festgehalten wurde.

Die Regierung der Französischen Gemeinschaft hat in ihrem Schriftsatz angegeben, dass dieses Vereinbarungsprotokoll umgesetzt werde, auch wenn es nicht formell unterzeichnet worden sei.

B.13.3. Vor der Annahme des Gesetzes vom 2. Mai 2019 wurden die Tagesmütter/-väter und die anderen Kinderbetreuungsstätten somit gesetzlich nicht unterschiedlich behandelt, was die Erhebung der Gebühren für die Urheberrechte betrifft.

B.14.1. Durch die Abänderung der Artikel XI.191/1, XI.191/2 und XI.217.1 des Wirtschaftsgesetzbuches, in denen spezifische Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten für den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung festgelegt sind, bringt das Gesetz vom 2. Mai 2019 sodann, wie in B.8 erwähnt, das Bestreben des Gesetzgebers zum Ausdruck, dass die Kinderbetreuungsstätten in den Genuss der für den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung vorgesehenen Ausnahmen kommen sollen.

B.14.2. In Bezug auf dieses Bestreben des Gesetzgebers, die Kinderbetreuungsstätten unter den in der Richtlinie 2001/29/EG erwähnten Begriff « Ausbildung und Unterricht » zu fassen, hat die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates angemerkt:

« 3. Eu égard aux développements de la proposition de loi, les auteurs de celle-ci semblent vouloir recourir aux exceptions que la directive 2001/29/CE du Parlement européen et du Conseil du 22 mai 2001 ‘ sur l’harmonisation de certains aspects du droit d’auteur et des droits voisins dans la société de l’information ’ prévoit pour les droits d’auteurs dans le domaine de l’enseignement.

À tout le moins les développements devraient préciser quels motifs d’exceptions définis dans la directive sont invoqués et de quelle manière les motifs d’exception visés, qui concernent principalement l’enseignement, pourraient aussi effectivement s’appliquer aux milieux d’accueil de la petite enfance autorisés qui, en effet, exercent en soi une autre activité que celle d’enseignement. En outre, la disposition proposée devrait mentionner de manière plus circonscrite et précise l’aspect des activités des milieux d’accueil de la petite enfance auquel l’exception s’appliquerait, au sens où la directive précitée le permet. Tel n’est actuellement pas le cas dans la disposition proposée. Ainsi, seuls les développements – et non la disposition proposée – font référence au ‘ caractère éducatif ’ des milieux d’accueil de la petite enfance. Il en va de même pour la condition ‘ qu’ils utilisent la musique à des fins pédagogiques ’.

En outre, la portée de certains éléments de la disposition proposée n’est pas claire, ce qui, en soi, est de nature à perturber le lien avec les activités pédagogiques envisagées. Ainsi, la reproduction ‘ [doit être] réservée à l’usage exclusif des membres de l’organisation et de leur famille ’, ce qui est difficilement compréhensible au regard de l’intention qui, de toute évidence, sous-tend la proposition de loi.

4. Dès lors que les auteurs de la proposition de loi semblent recourir aux exceptions que la directive 2001/29/CE précitée autorise dans le domaine de l’enseignement, la disposition proposée, sous réserve des observations susmentionnées, devrait logiquement être de

préférence conçue comme un ajout à l'article XI.191/1 du Code de droit économique, étant donné que cette disposition législative énumère principalement des actes qui concernent l'enseignement » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/002, S. 4).

B.14.3. Als Antwort auf diese Anmerkungen wurde der Text des Gesetzesvorschlags abgeändert, um die Befreiung auf die durch eine von « Kind en Gezin » in Auftrag gegebene Studie erläuterten « pädagogischen Tätigkeiten der Kinderbetreuungsstätten » zu begrenzen:

« Les milieux d'accueil de la petite enfance doivent donc, dans leur rôle éducatif, faire usage de nombreux supports qui peuvent être soumis aux droits d'auteurs. Parmi ceux-ci la musique et les chansons ont un rôle prépondérant : apprentissage des sons, perception des rythmes, perception du mouvement, apprentissage des mots et de l'intégration sociale » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/003, SS. 3-4; siehe auch *Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/004, S. 7).

B.14.4. Auf die Frage nach der Begründung der von dem Gesetz vom 2. Mai 2019 geschaffenen Ausnahme hat der Verfasser des Gesetzesvorschlags sich auf eine Antwort der Europäischen Kommission auf eine parlamentarische Frage von zwei europäischen Abgeordneten bezogen und daraus geschlossen, dass « der belgische Gesetzgeber sehr wohl zuständig ist, um der bestehenden Ungleichbehandlung im Bereich der Unterrichtsanstalten, der Kinderbetreuungsstätten und der Tagesmütter/-väter ein Ende zu setzen », da die Kinderbetreuungsstätten hinsichtlich der Urheberrechte nicht mit gewerblichen Unternehmen gleichgesetzt werden könnten, denn diese Betreuungsstätten « verfolgen einen sozialen Zweck, der auf die Entwicklung jedes einzelnen Kindes ausgerichtet ist » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/004, SS. 5-6).

B.15.1. Die Richtlinie 2001/29/EG zielt darauf ab, « [einen] harmonisierte[n] Rechtsrahmen zum Schutz des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte [...] durch erhöhte Rechtssicherheit und durch die Wahrung eines hohen Schutzniveaus im Bereich des geistigen Eigentums » zu schaffen (Erwägungsgrund 4), um zur Erreichung der Ziele des Binnenmarktes beizutragen (Erwägungsgrund 1).

Die Erwägungsgründe 14, 31, 32, 34 und 42 der Richtlinie 2001/29/EG lauten:

« 14. Ziel dieser Richtlinie ist es auch, Lernen und kulturelle Aktivitäten durch den Schutz von Werken und sonstigen Schutzgegenständen zu fördern; hierbei müssen allerdings Ausnahmen oder Beschränkungen im öffentlichen Interesse für den Bereich Ausbildung und Unterricht vorgesehen werden.

[...]

31. Es muss ein angemessener Rechts- und Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Kategorien von Rechteinhabern sowie zwischen den verschiedenen Kategorien von Rechteinhabern und Nutzern von Schutzgegenständen gesichert werden. Die von den Mitgliedstaaten festgelegten Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf Schutzrechte müssen vor dem Hintergrund der neuen elektronischen Medien neu bewertet werden. Bestehende Unterschiede bei den Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf bestimmte zustimmungsbedürftige Handlungen haben unmittelbare negative Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts im Bereich des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte. Diese Unterschiede könnten sich mit der Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Verwertung von Werken und den zunehmenden grenzüberschreitenden Tätigkeiten durchaus noch deutlicher ausprägen. Um ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts zu gewährleisten, sollten diese Ausnahmen und Beschränkungen einheitlicher definiert werden. Dabei sollte sich der Grad ihrer Harmonisierung nach ihrer Wirkung auf die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts bestimmen.

32. Die Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf das Vervielfältigungsrecht und das Recht der öffentlichen Wiedergabe sind in dieser Richtlinie erschöpfend aufgeführt. Einige Ausnahmen oder Beschränkungen gelten, soweit dies angemessen erscheint, nur für das Vervielfältigungsrecht. Diese Liste trägt den unterschiedlichen Rechtstraditionen in den Mitgliedstaaten Rechnung und soll gleichzeitig die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts sichern. Die Mitgliedstaaten sollten diese Ausnahmen und Beschränkungen in kohärenter Weise anwenden; dies wird bei der zukünftigen Überprüfung der Umsetzungsvorschriften besonders berücksichtigt werden.

[...]

34. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit erhalten, Ausnahmen oder Beschränkungen für bestimmte Fälle, etwa für Unterrichtszwecke und wissenschaftliche Zwecke, zugunsten öffentlicher Einrichtungen wie Bibliotheken und Archive, zu Zwecken der Berichterstattung über Tagesereignisse, für Zitate, für die Nutzung durch behinderte Menschen, für Zwecke der öffentlichen Sicherheit und für die Nutzung in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vorzusehen.

[...]

42. Bei Anwendung der Ausnahme oder Beschränkung für nicht kommerzielle Unterrichtszwecke und nicht kommerzielle wissenschaftliche Forschungszwecke einschließlich Fernunterricht sollte die nicht kommerzielle Art der betreffenden Tätigkeit durch diese Tätigkeit als solche bestimmt sein. Die organisatorische Struktur und die Finanzierung der betreffenden Einrichtung sind in dieser Hinsicht keine maßgeblichen Faktoren ».

B.15.2. Die Richtlinie 2001/29/EG legt ein Vervielfältigungsrecht (Artikel 2), ein Recht der öffentlichen Wiedergabe von Werken und ein Recht der öffentlichen Zugänglichmachung sonstiger Schutzgegenstände (Artikel 3) sowie ein Verbreitungsrecht (Artikel 4) fest.

Unter der Überschrift « Ausnahmen und Beschränkungen » bestimmt Artikel 5 Absätze 3 und 5 der Richtlinie 2001/29/EG:

« (3) Die Mitgliedstaaten können in den folgenden Fällen Ausnahmen oder Beschränkungen in Bezug auf die in den Artikeln 2 und 3 vorgesehenen Rechte vorsehen:

a) für die Nutzung ausschließlich zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, sofern - außer in Fällen, in denen sich dies als unmöglich erweist - die Quelle, einschließlich des Namens des Urhebers, wann immer dies möglich ist, angegeben wird und soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist;

[...]

(5) Die in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 genannten Ausnahmen und Beschränkungen dürfen nur in bestimmten Sonderfällen angewandt werden, in denen die normale Verwertung des Werks oder des sonstigen Schutzgegenstands nicht beeinträchtigt wird und die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers nicht ungebührlich verletzt werden ».

B.15.3. In Bezug auf die Ausnahmen und Beschränkungen, die nach Artikel 5 der Richtlinie 2001/29/EG zulässig sind, hat der Gerichtshof der Europäischen Union, darauf hingewiesen, dass « die Ausnahmen und Beschränkungen in Art. 5 dieser Richtlinie erschöpfend aufgeführt [sind] », sodass « die Wirksamkeit der durch die Richtlinie bewirkten Harmonisierung des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte sowie das mit ihr verfolgte Ziel der Rechtssicherheit gefährdet [würde], wenn jedem Mitgliedstaat [...] gestattet würde, außerhalb der in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 erschöpfend vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen Abweichungen von den ausschließlichen Rechten des Urhebers aus den Art. 2 bis 4 dieser Richtlinie vorzusehen »: « Aus dem 31. Erwägungsgrund dieser Richtlinie geht [...] ausdrücklich hervor, dass die Unterschiede, die bei den Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf bestimmte zustimmungsbedürftige Handlungen bestanden, unmittelbare negative Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts im Bereich des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte hatten und deshalb die in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 aufgeführten Ausnahmen und Beschränkungen die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts sichern sollen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-476/17, *Pelham GmbH*, Randnrn. 58 und 63; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnrn. 41 und 47).

B.15.4. Da die Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten, die im Rahmen der von der vorerwähnten Richtlinie verfolgten Harmonisierung zulässig sind,

erschöpfend aufgeführt sind, erfordert es die Prüfung der Vereinbarkeit der vom Gesetz vom 2. Mai 2019 für die Kinderbetreuungsstätten eingeführten Ausnahme mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2001/29/EG zu prüfen, ob diese Ausnahme in den Anwendungsbereich der Ausnahme für eine « Nutzung ausschließlich zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung » (Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a fallen kann und « nur in bestimmten Sonderfällen angewandt werden [kann], in denen die normale Verwertung des Werks oder des sonstigen Schutzgegenstands nicht beeinträchtigt wird und die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers nicht ungebührlich verletzt werden » (Artikel 5 Absatz 5).

B.16.1. Die Kinderbetreuungsstätten haben eine wichtige Bildungsfunktion inne, weil sie daran beteiligt sind, wie jedes Kind die Welt entdeckt und sich entwickelt, auch wenn diese Betreuungsstätten « an sich eine andere Tätigkeit als die des Unterrichtens ausüben » (*Parl. Dok.*, Kammer, 2018-2019, DOC 54-2023/002, S. 4).

Aus der in B.2 bis B.8 aufgeführten historischen Entwicklung der Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten für den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung geht außerdem hervor, dass die Ausnahmen für die Nutzung zur Veranschaulichung im Unterricht und für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung als solche nicht für Kinderbetreuungsstätten galten. Wenn das übrigens der Fall gewesen wäre, hätte der Gesetzgeber das Gesetz vom 2. Mai 2019 nicht erlassen müssen.

B.16.2. Auf eine an die Europäische Kommission gerichtete Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zum Thema der Auslegung des Begriffs « Ausbildung und Unterricht » in der Richtlinie 2001/29/EG hat ein Vizepräsident im Namen der Kommission am 18. August 2017 geantwortet:

« Nach Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2001/29/EG können die Mitgliedstaaten - ausschließlich zur Veranschaulichung im Unterricht und soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist - Ausnahmen oder Beschränkungen bei der Nutzung geschützter Werke oder sonstiger Schutzgegenstände vorsehen.

In der Richtlinie 2001/29/EG ist der Ausdruck ‘ Unterricht ’ nicht definiert, und es ist auch nicht angegeben, wer für die Ausnahme im Rahmen des Unterrichts infrage kommt. Zu dieser besonderen Ausnahme liegt auch keine Auslegung durch den Gerichtshof vor. Die Bedeutung und der Geltungsbereich des Begriffs müssen unter Bezugnahme auf den Wortlaut, den Kontext, den Zweck und die Zielsetzung der Richtlinie 2001/29/EG bestimmt werden. Der

Gerichtshof hat bestätigt, dass Ausnahmen wirksam anwendbar sein müssen, und die Mitgliedstaaten sollten für einen angemessenen Rechtsausgleich zwischen den Rechtsinhabern und den Nutzern sorgen. Außerdem sollten die Ausnahmen nach Artikel 5 der Richtlinie in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung angewandt werden. Ferner sollte berücksichtigt werden, dass das Grundrecht auf Eigentum, das die Rechte des geistigen Eigentums umfasst, gegen den Schutz anderer Grundrechte wie das Recht auf Bildung und freie Meinungsäußerung abgewogen werden muss.

Vor diesem Hintergrund verfügen die Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Ausnahme über einen gewissen Ermessensspielraum. Die Mitgliedstaaten sollten einen Mittelweg zwischen dem Schutz des Urheberrechts und dem Schutz der Grundrechte von Einzelpersonen finden, die von solchen Maßnahmen betroffen sind. Dies kann auch für die Nutzung geschützter Werke in allen Einrichtungen die für die Erziehung von Bedeutung sind, gelten, so z.B. für Kinderkrippen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Jugendorganisationen » (schriftliche Antwort auf die Anfrage E-003998/2017).

B.16.3.1. In Bezug auf die Umsetzung der Ausnahmen und Beschränkungen, die nach Artikel 5 der Richtlinie 2001/29/EG zulässig sind, hat der Gerichtshof der Europäischen Union präzisiert, dass erstens « von dem Spielraum, über den die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Art. 5 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen verfügen, innerhalb der vom Unionsrecht gezogenen Grenzen Gebrauch zu machen ist, was bedeutet, dass es den Mitgliedstaaten jedenfalls nicht freisteht, die gesamten Parameter dieser Ausnahmen oder Beschränkungen in nicht harmonisierter Weise festzulegen » und dass « für die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, eine Ausnahme oder Beschränkung in Bezug auf die harmonisierten Regeln in den Art. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 einzuführen, die streng geregelten unionsrechtlichen Voraussetzungen gelten » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-469/17, *Funke Medien NRW GmbH*, Randnrn. 46-47; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnrn. 31-32), dass zweitens « die Mitgliedstaaten von ihrem Spielraum bei der Umsetzung der in Art. 5 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen nicht auf eine Weise Gebrauch machen dürfen, die die Erreichung der Ziele der Richtlinie 2001/29 gefährden würde, die nach deren Erwägungsgründen 1 und 9 in der Erreichung eines hohen Schutzniveaus für die Urheber und dem reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts bestehen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-469/17, *Funke Medien NRW GmbH*, Randnr. 50; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 35), dass drittens « der Spielraum der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der in Art. 5 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 genannten Ausnahmen und Beschränkungen auch durch Art. 5 Abs. 5 der Richtlinie 2001/29 begrenzt [wird], der solche Ausnahmen oder Beschränkungen von einer dreifachen Voraussetzung abhängig macht, nämlich davon, dass sie nur in bestimmten Sonderfällen angewandt werden, dass sie die

normale Verwertung des Werks nicht beeinträchtigen und dass sie die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers nicht ungebührlich verletzen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-469/17, *Funke Medien NRW GmbH*, Randnr. 52; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 37), dass schließlich viertens « die in der Charta verankerten Grundsätze für die Mitgliedstaaten [gelten], wenn sie das Unionsrecht umsetzen », die dazu verpflichtet sind, « sich bei der Umsetzung der in Art. 5 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 genannten Ausnahmen und Beschränkungen auf eine Auslegung dieser Bestimmungen zu stützen, die es erlaubt, einen angemessenen Ausgleich zwischen den verschiedenen durch die Rechtsordnung der Union geschützten Grundrechten sicherzustellen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-469/17, *Funke Medien NRW GmbH*, Randnr. 53; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 38).

Der Gerichtshof hat den Umstand betont, dass « es die Auslegung der in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen [...] erlauben [muss], deren praktische Wirksamkeit zu wahren und ihre Zielsetzung zu beachten, da ein solches Erfordernis von besonderer Bedeutung ist, wenn die Ausnahmen und Beschränkungen [...] die Achtung der Grundfreiheiten gewährleisten sollen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-469/17, *Funke Medien NRW GmbH*, Randnr. 71; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 55), dass « die Begriffe einer Vorschrift des Unionsrechts, die wie Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2001/29 für die Ermittlung ihres Sinnes und ihrer Bedeutung nicht auf das Recht der Mitgliedstaaten verweist, in der Regel in der gesamten Union eine autonome und einheitliche Auslegung erhalten müssen » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 62).

B.16.3.2. Der Gerichtshof hat auch darauf hingewiesen, dass « sich weder aus Art. 17 Abs. 2 der Charta noch aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs ergibt, dass das in dieser Bestimmung verankerte Recht des geistigen Eigentums schrankenlos und sein Schutz daher bedingungslos zu gewährleisten wäre » (EuGH, Große Kammer, 29. Juli 2019, C-476/17, *Pelham GmbH*, Randnr. 33; 29. Juli 2019, C-516/17, *Spiegel Online GmbH*, Randnr. 56).

Was den Ausgleich zwischen dem Recht auf Bildung und dem Schutz der Urheberrechte betrifft, hat der Gerichtshof daran erinnert, dass « der Unionsgesetzgeber, was die Suche nach einem Ausgleich zwischen dem Recht auf Bildung und dem Schutz des Rechts am geistigen Eigentum angeht, in Art. 5 Abs. 3 Buchst. a der Richtlinie 2001/29 den Mitgliedstaaten erlaubt

hat, Ausnahmen oder Beschränkungen in Bezug auf die in den Art. 2 und 3 dieser Richtlinie vorgesehenen Rechte vorzusehen, sofern es sich um eine Nutzung ausschließlich zur Veranschaulichung im Unterricht oder für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung handelt, soweit dies zur Verfolgung nicht kommerzieller Zwecke gerechtfertigt ist » (EuGH, 7. August 2018, C-161/17, *Land Nordrhein-Westfalen*, Randnr. 43).

B.17.1. Aus dem Vorstehenden geht hervor, dass die Mitgliedstaaten, den Standpunkt vertreten können, dass Kinderbetreuungsstätten unter die in Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2001/29/EG vorgesehene Ausnahme fallen, deren Zweck durch den Erwägungsgrund 14 erläutert wird, der sich auf das « öffentliche Interesse für den Bereich Ausbildung und Unterricht » bezieht.

B.17.2. Im vorliegenden Fall ist die durch das Gesetz vom 2. Mai 2019 vorgesehene Ausnahme auf von den Behörden anerkannte oder gegründete Kinderbetreuungsstätten beschränkt, die einen Bildungsauftrag allgemeinen Interesses wahrnehmen, und gilt nur für « pädagogische Tätigkeiten » dieser Betreuungsstätten. Dieser Bildungszweck schließt einen kommerziellen Zweck aus.

Entgegen der Auffassung der klagenden Parteien ist in der Beschränkung der Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten auf pädagogische Tätigkeiten der Kinderbetreuungsstätten eindeutig angegeben, dass die vom Gesetz vom 2. Mai 2019 vorgesehenen Ausnahmen strikt auf die Bildungsfunktion dieser Betreuungsstätten begrenzt sind. Daraus ergibt sich, dass jede andere Tätigkeit dieser Betreuungsstätten, die keine Bildungsfunktion zur Entwicklung oder Interaktion mit den betreuten Kindern beinhaltet, nicht unter die Ausnahmen von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten fällt.

B.17.3. Dadurch, dass er eine Ausnahme von den Urheberrechten und den verwandten Schutzrechten vorgesehen hat, die strikt auf die pädagogischen Tätigkeiten der von den Behörden anerkannten oder gegründeten Kinderbetreuungseinrichtungen begrenzt ist, hat der Gesetzgeber den Zweck von Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2001/29/EG eingehalten und hat einen angemessenen Ausgleich zwischen den Rechten und Interessen der verschiedenen betroffenen Parteien gefunden.

Diese begrenzte Ausnahme ist durch das Bestreben gerechtfertigt, die Bildung von Kindern schon im frühen Alter zu fördern, indem die grundlegende Beschaffenheit des Rechts auf Bildung, das insbesondere in Artikel 14 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist, berücksichtigt wird, ohne dass der Einsatz der verschiedenen literarischen, künstlerischen oder audiovisuellen Werke, die zur Entwicklung von Kindern schon im frühen Alter beitragen, zur Erhebung von Gebühren für die Urheberrechte und verwandten Schutzrechte führt.

Diese Ausnahme beeinträchtigt weder die normale Verwertung des Werks oder des sonstigen Schutzgegenstands noch verletzt sie die berechtigten Interessen des Inhabers der Urheberrechte und verwandten Schutzrechten ungebührlich, wie es Artikel 5 Absatz 5 der Richtlinie 2001/29/EG vorsieht.

B.17.4. Diese Feststellung setzt jedoch voraus, dass der in Artikel XI.240 des Wirtschaftsgesetzbuches vorgesehene Anspruch auf eine Vergütung vom Gesetzgeber wie für die anderen Nutzungen, die unter den Unterricht und die wissenschaftliche Forschung fallen, auf die Nutzungen ausgedehnt wird, die unter die Artikel XI.191/1 § 1 Nr. 6, XI.191/2 § 3 und XI.217/1 Nr. 5 des Wirtschaftsgesetzbuches in der jeweils durch das Gesetz vom 2. Mai 2019 eingefügten bzw. abgeänderten Fassung fallen.

B.17.5. Unter Berücksichtigung des in B.17.4 Erwähnten ist der erste Klagegrund unbegründet.

In Bezug auf den zweiten Klagegrund

B.18. Der zweite Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen Artikel 6 der Verfassung, betrachtet im Lichte von Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, dass das Gesetz vom 2. Mai 2019 durch die Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Ausnahmen, die sich auf die Urheberrechte und verwandten Schutzrechte beziehen, auf die pädagogischen Tätigkeiten der

Kinderbetreuungsstätten die Vorrechte der Inhaber dieser Urheberrechte und verwandten Schutzrechten einschränkt, was einen ungerechtfertigten und unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht auf geistiges Eigentum und allgemein das Eigentumsrecht dieser Inhaber darstelle.

B.19. Unter Berücksichtigung des in Bezug auf den ersten Klagegrund Gesagten, ist der zweite Klagegrund unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage unter Berücksichtigung des in B.17.4 Erwähnten zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 7. Oktober 2021.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschaut

F. Daoût